



05.02.2026 - 11:11 Uhr

Endometriose: Regierung verabschiedet Postulatsbeantwortung

Vaduz (ots) -

Die Regierung hat in der Sitzung vom Dienstag, 3. Februar 2026, die Postulatsbeantwortung betreffend eines Aktionsplans für Endometriose-Betroffene genehmigt.

Endometriose betrifft weltweit viele Frauen - auch in Liechtenstein. Die Erkrankung kann starke Schmerzen, zyklusabhängige Beschwerden sowie psychosoziale Belastungen verursachen und führt häufig zu langen, belastenden Diagnosewegen. In schweren Fällen kann sie Unfruchtbarkeit nach sich ziehen. Trotz ihrer Häufigkeit wird Endometriose nach wie vor unterschätzt, und die Diagnose erfolgt gemäss internationalen Studien im Durchschnitt erst nach mehr als sieben Jahren.

Die Regierung betrachtet Endometriose exemplarisch als eine Erkrankung, die bestehende Lücken in der Frauengesundheit aufzeigt. Im Rahmen der Postulatsbeantwortung werden mögliche Massnahmen für einen Aktionsplan evaluiert, wobei insbesondere Potenzial in den Bereichen Aufklärung und Sensibilisierung sowie Versorgung identifiziert wurde. Ziel ist es, Massnahmen zu entwickeln, die die gesellschaftliche Sensibilisierung für pathologische Menstruationsbeschwerden fördern und das Bewusstsein für die Erkrankung steigern. Zudem sollen Fachpersonal und Betroffene sowie deren Vertrauenspersonen bzw. deren soziales Umfeld informiert, die Früherkennung verbessert, die psychosoziale Unterstützung gestärkt und die medizinische Versorgung optimiert werden. Der Aktionsplan soll fachlich strukturiert im Modul "Gesundheit" der in Ausarbeitung befindlichen Gleichstellungsstrategie verankert werden, um frauenspezifische Gesundheitsbedürfnisse nachhaltig zu stärken.

Pressekontakt:

Ministerium für Gesellschaft und Justiz
Michael Winkler, Generalsekretär
T +423 236 60 94
michael.winkler@regierung.li

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100938315> abgerufen werden.